



Der Europäische Gerichtshof ermöglicht homosexuellen Paaren die Adoption von Kindern

Mag. Gernot Steier, Generalsekretär der Partei "Die Christen", zur Debatte über die rechtliche Anerkennung homosexueller Partnerschaften:

„Jeder christliche Politiker hat die sittliche Pflicht, sich klar und öffentlich gegen die rechtliche Anerkennung homosexueller Partnerschaften auszusprechen und gegen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu stimmen. Einen derartigen Gesetzesvorschlag zu unterstützen, ist schwerwiegend unsittlich und ein Verstoß gegen die Pflicht, für die Wahrheit Zeugnis zu geben.

Das Gemeinwohl verlangt, die eheliche Gemeinschaft von Mann und Frau als Fundament der Familie, der Grundzelle der Gesellschaft, anzuerkennen, zu fördern und zu schützen. Die rechtliche Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften oder deren Gleichsetzung mit der Ehe würde ein für die Gemeinschaft schädliches Verhalten billigen und zu einem alternativen Lebensmodell machen. Es ist der massive Lobbydruck einer kleinen Minderheit, die mit starkem medialen Rückhalt versucht, die Selbstverständlichkeit der Ehe zu unterhöheln und zu bekämpfen.

SPÖ und Grüne treten schon lange für die Homo-Ehe ein. Im Herbst vergangenen Jahres hat nun auch die ÖVP fix beschlossen, die Homo-Ehe (eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle) in Österreich einzuführen. Diesen Beschluss tragen die aus der niederösterreichischen Volkspartei kommenden Minister Andrea Kdolsky und Josef Pröll mit, ebenso alle 15 niederösterreichischen ÖVP-Nationalratsabgeordneten. Landeshauptmann Erwin Pröll ist einer der einflussreichsten Politiker in der ÖVP. Gegen seinen Willen hätte dieser Beschluss nicht gefasst werden können.

Ursprünglich war die Einführung der Homo-Ehe für Jänner 2008 geplant. Aufgrund des Antretens unserer Partei "Die Christen" wurde die Beschlussfassung auf die Zeit nach der Landtagswahl verschoben.

Die niederösterreichische Landtagswahl ist die erste größere Wahl seit der Nationalratswahl und ein Test, wie die bisherige Politik von ÖVP und SPÖ ankommt. Daher wird das Ergebnis dieser Wahl erheblichen Einfluss darauf nehmen, ob die Homo-Ehe demnächst eingeführt oder eine Entscheidung zumindest bis nach der nächsten Nationalratswahl aufgeschoben wird.

Die Einführung der Homo-Ehe stellt einen weiteren Schritt zur Auflösung des christlichen Verständnisses von Ehe und Familie dar und eröffnet den Homosexuellen die Möglichkeit, Kinder zu adoptieren. Erst jüngst hat der Europäische Gerichtshof in einem Urteil zur deutschen Rechtslage - dort gibt es die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle bereits - entschieden, dass Homosexuelle, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, bezüglich der Adoption von Kindern wie Eheleute zu behandeln sind. Wer sich bei dieser Rechtslage nicht klar und öffentlich gegen die Einführung der eingetragenen Partnerschaft ausspricht, soll auch sagen, dass er für die Adoption von Kindern durch Homosexuelle ist.

Jede politische Partei, die sich für das Wohl der Kinder und der Gesellschaft einsetzen will, muss eindeutig für die Werte von Ehe und Familie eintreten. Das ist nicht bloß eine Frage des persönlichen Glaubens oder des persönlichen Geschmacks, diese Werte sind in der Natur des Menschen selbst verankert. Ein Handlungsbedarf zur Regelung homosexueller Partnerschaften besteht nicht, da die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten berechnete Ansprüche voll gewährleisten. Je mehr sich die staatlichen Gesetze von der Natur des Menschen entfernen, desto größer ist die Gefahr, dass Unrecht zu Gesetz wird.

Gleichgeschlechtliche Paare können die für die Gesellschaft wichtigen Leistungen der Familie nicht erbringen, daher können ihnen vom Staat – wenn er gerecht sein will – auch nicht die der Ehe vorbehaltenen Rechte gewährt werden.“

Die Partei "Die Christen" spricht sich für den gesetzlichen Schutz von Ehe und Familie aus und vertritt ein christliches Menschenbild.

Kontaktperson: Mag. Gernot Steier, 02772/53500 oder office@diechristen.at